

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. H. Meier & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Naube & Co.,
Hauptstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 475.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 10. Juli.

Preis des Blattes 20 Pf. Die sechsgeheftene Beilage über bere-
tete, Kellern verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 9. Juli. Der Kaiser hat den Amtsgerichtsath Vogel-
weid in Gurlingen auf sein Ansuchen mit Pension in den Ruhestand
versetzt und dem Amtsrichter Dr. Wilhelm in Sierenz die nachge-
suchte Entlassung aus dem Justizdienste des Reichslandes ertheilt.

Der Privatdozent Dr. Lucius in Straburg ist zum außerord. Pro-
fessor in der theologischen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität
Straburg ernannt worden.

Der Gerichts-Meffior Seeder ist zum Marine-Intendantur-Meffior
ernannt worden.

Der Amtsrichter Gescher in Oberehnheim ist behufs Uebernahme
des Amtes als Rechtsbeistand im türkischen Ministerium unter Aus-
scheiden aus seiner gegenwärtigen Stellung für die Dauer seiner Ver-
wendung in türkischen Diensten aus dem Justizdienste des Reichslandes
beurlaubt.

Der König hat dem pensionirten Strafanstalts-Aufsicher Spiger
zu Kamisch das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Politische Uebersicht.

Posen, 10. Juli.

Die Zahl der Todesfälle an Cholera betrug nach dem
deutschen „Reichsanzeiger“ am 6. Juli in Damiette 107, in
Mansurah 39, in Samanub 16; die aus Alexandrien am 5.
Juli gemeldete verdächtige Erkrankung nahm einen tödtlichen
Verlauf. Am 7. Juli betrug die Sterblichkeit in Damiette 92,
in Mansurah 45, in Cherbin 3, Samanub 9, Menzaleh 11.
In Betreff der den Suezkanal passirenden Schiffe hat der
Conseil sanitaire maritime et quarantenaire zu Alexandrien
überaus scharfe Quarantäne- und Verkehrs-Vorschriften erlassen.
Auch die Türkei hat, abgesehen von diesen Quarantänemaß-
regeln, drei Kreuze ausgesandt, welche verhindern sollen, daß
sich an den Küsten von Karamanien und auf den Inseln des
Archipelagus Flüchtlinge aus Egypten in unbefugter Weise aus-
schiffen. Griechenland hat die gegen Provenienzen aus
Egypten und dem Suezkanal angeordnete Quarantäne von 5
Tagen auf die Dauer von 11 Tagen erhöht. In Ragusa
und den anderen dalmatinischen Häfen sind Quarantänemaßregeln
in Kraft getreten. Aus Italien werden weitere Einzelheiten
betreffs der Handhabung der angeordneten Quarantänenvorschriften
bekannt. So dürfen die aus Egypten, Cypern, Tripolis und dem
Suezkanal kommenden Schiffe in sizilianischen Häfen nicht ein-
laufen, bevor sie nicht Quarantäne in Misa bei Neapel abge-
halten haben. In Genua werden die von ägyptischen Häfen,
Indien und Cypern kommenden Schiffe nicht zulassen, sondern
zuvörderst nach dem Lazareth in Dorignano dirigirt. Schiffe aus
dem Adriatischen Meere und von Malta werden in Genua unter
Beobachtung genommen. Die Ueberwachung von Schiffen kann
in allen denjenigen italienischen Häfen und Küstenplätzen statt-
finden, wo dieselbe überhaupt möglich ist. Quarantäne wird nur
an solchen Hafenplätzen abgehalten, an welchen Einrichtungen
hierfür vorhanden sind. Die rumänische Regierung
trifft Vorbereitungen, um die Quarantäne-Anstalten in Rufenbie,
Sulina und Giurgewo in Ordnung zu bringen und eventuell
einen Sanitätsfordon in der Dobrudscha zu errichten. Eine
norwegische Verordnung vom 28. Juni d. J. erklärt, daß
Japan, China, die ostindischen Inseln, Ostindien, Egypten, Fer-
Mequinez, Dar el Beida in Marokko, die Häfen des Rothen
Meeres und Uruguayana in Brasilien als mit Cholera befaßt
anzusehen sind. Fahrzeuge, welche Cholerafranke an Bord haben
und für norwegische Häfen bestimmt sind, sollen von den Booten
an die Quarantäne-Einrichtung in Christiansund verwiesen werden.
Vom gestrigen Tage ab sind Schiffe, welche von Malta und Cypern
kommen, in Marseille von den Quarantänenvorschriften befreit.
— Es ist noch nichts darüber bekannt geworden, daß die Vor-
sichtsmaßregeln gegen Einschleppung der Cholera, welche Preußen
für sein Gebiet angeordnet hat, auch von den andern
deutschen Seeuferstaaten, insbesondere von den
Hansestädten, für ihre Gebiete veranlaßt worden wären. Auf-
klärung über diesen Punkt wäre sehr zu wünschen. Es wäre
doch gänzlich zweck- und sinnlos, für preussische Häfen, deren
direkter Verkehr mit dem Orient wenig ins Gewicht fällt, Vor-
sichtsmaßregeln zu erlassen, während Hamburg und Bremen die-
selben nicht in Anwendung bringen.

Ein römischer Korrespondent der „Kreuztg.“ bezeichnet als
den hauptsächlichsten Inspirator der jüngsten päpstlichen
Note, über die sogar im heiligen Kollegium mißbilligende
Stimmen laut geworden seien, den Kardinal Ledo-
chowski, welcher sich mehr als je für die deutschen Ange-
legenheiten interessire. Freilich muß die Verantwortung für
diese Mittheilung dem genannten Blatte bzw. seinem römischen
Korrespondenten überlassen bleiben. Bekanntlich wird seitens des
Zentrums die freisinnige Thätigkeit des Kardinals im Vatikan
hies mit größter Bestimmtheit in Abrede gestellt.

Der römische Mitarbeiter der „Pol. Corr.“ meldet, daß Hr.
von Schöller, der gegenwärtig noch in Rom ist, die
Stadt bald verlassen werde, da der Zeitpunkt seines gewöhnlichen
alljährlichen Urlaubs herandrücke. Der Korrespondent betont noch
einmal, was aus der ganzen Haltung der ultramontanen Partei
klar ersichtlich ist, daß „der heilige Stuhl in dem preußi-
schen Kirchengesetze nur eine erste Abschlagszahlung der

preussischen Regierung erblicke.“ Mit einer Art von Ironie setzt
er hinzu: „Warum sollte die Kurie sich der preussischen Kirchen-
vorlage gegenüber ablehnend verhalten? Wenn ein Schuldner
eine Rate seiner Schuld zahlt, kann der Gläubiger die Zahlung
immerhin annehmen und geduldig abwarten, bis auch die Zah-
lung des Restes erfolgt.“

Das Wahlergebniß in Hamburg — bekanntlich
ist Bebel mit einer Majorität von 107 Stimmen gewählt
worden — bietet der Anfechtungspunkte so viele, daß der Wunsch,
der von verschiedenen Seiten in dieser Richtung geäußert wurde,
nicht ungerechtfertigt erschien. Aber gesetzmäßigen Anfechtungs-
gründe ungeachtet, welche unzweifelhaft die Ungültigkeit der Wahl
Bebel's herbeiführen müßten, hat, wie die Hamburger „Reform“
meldet, der Central-Vorstand der Fortschrittspartei in seiner
jüngsten Sitzung nach eingehender Beratung beschlossen, von
einem Proteste Abstand zu nehmen. „Wir können“, sagt die
„Reform“, „im großen Ganzen diesen Beschluß und seine
Begründung nur billigen, und wir hoffen, daß die fort-
schrittlichen Parteigenossen und die nichtsozialistischen Wähler
ein Gleiches thun werden. Da der Reichstag kaum vor dem
Februar nächsten Jahres zu einer Sitzung zusammentreten wird,
so würde der Protest thatsächlich auch nicht früher zur Kenntniß
des Reichstags gelangen. Bei den noch vorliegenden vielen
Wahlprüfungen und dem gewöhnlichen Geschäftsgange im Reichs-
tage wäre der Protest insofern wirkungslos, als vor dessen Er-
lebigung die jetzige Legislaturperiode ihr Ende, im Oktober
1884, erreicht haben würde. Mit Rücksicht darauf und auf das
Bedürfniß nach einer gewissen Ruhe nach den aufregenden Wahl-
kämpfen, die zur Befestigung und zum Ausbau der Parteiorga-
nisation notwendig ist, um in die nächstjährigen Reichstags-
wahlen gestärkter eintreten zu können, ist der Verzicht auf den
auch noch so begründeten Protest nur gut zu heißen, wenn auch
eventuell dessen moralische Wirkung nicht zu unterschätzen gewesen
wäre. Was Mangels Zeit durch den Protest nicht erwirkt wer-
den kann, muß durch die Wahl im Herbst 1884 erreicht werden.“

Die nächste der noch vorzunehmenden Ersatzwahlen zum
Reichstag findet am 20. Juli in Kiel-Kenndsburg für
den seines Mandates verlustig erklärten Herrn Hänel statt.
Herr Hänel ist vor zwei Jahren mit so großer Mehrheit (11,088
fortschrittliche gegen 3465 deutschkonservative und 4725 so-
zialdemokratische Stimmen) gewählt worden, daß eine Niederlage
der Fortschrittspartei wenig wahrscheinlich ist. Die beiden Par-
teien, welche ihm im Jahre 1881 das Mandat streitig machten,
werden auch jetzt wieder in den Wahlkampf eintreten. Am
6. August folgt dann die Wahl in Wiesbaden für Schulze-
Delitzsch. Auch dort ist der Sieg des fortschrittlichen Kandi-
daten unzweifelhaft.

Sichtlich der Wasserfäden in Schlesien
meinen die mitunter aus offiziellen Quellen schöpfenden „Berl.
Pol. Nachr.“: die aus den heimgefuhrten Theilen eintreffenden
Berichte lassen darüber keinen Zweifel, daß die nächstbetheiligten
Kreise, private wie öffentliche, also unter diesen die Kreisver-
bände und die Provinz, in reger Thätigkeit sind, um das Ein-
treten von Nothständen zu verhindern, den Verkehr wiederherzu-
stellen und den von den Wasserfäden schwer betroffenen Fami-
lien Subsidienmittel zuzuführen, so daß es den Anschein gewinnt,
daß das Eintreten des Staates mit seinen Hilfsmitteln mehr ein
subsidäres, weniger auf die Beseitigung der Noth des Augen-
blicks, als auf die Erhaltung der vorzugsweise betroffenen Ge-
meinden und Einzelwirtschaften in leistungsfähigem Zustande ge-
richtet sein wird. Wenigstens sind bis jetzt aus keinem Theile
der Provinz zahlenmäßig fixirbare Anforderungen an die Staats-
kasse herantreten.“

In Bezug auf die französisch-chinesischen Unterhandlungen
über die Tonkin-Affaire wird von unterrichteter Seite
geschrieben: „Der Abbruch der in Schanghai zwischen dem
leitenden chinesischen Minister und Vizekönig Li-Hung-Tschang
und dem französischen Gesandten Tricou gepflogenen Verhand-
lungen wird nun auch hier (in Berlin) an amtlicher Stelle be-
stätigt, ebenso die von Schanghai erfolgte Abreise Li-Hung-
Tschang's. Doch wird auch hier der Ansicht zugestimmt, daß die
Erfolglosigkeit der Schanghai Verhandlungen nicht gleichbedeutend
ist mit dem Aufgeben aller weiteren Verhandlungen seitens Chinas.
Herr Tricou ist beim Peking Hofe formell noch gar nicht akkre-
ditirt und fanden die eben abgebrochenen Verhandlungen nur in
Folge des von dem französischen Minister des Aeußern vor eini-
gen Wochen durch die Pariser chinesische Gesandtschaft an die
chinesische Regierung gerichteten Ersuchens statt, Herrn Tricou
noch vor Anlangen seiner Beglaubigungsschreiben zu empfangen.
Da nun Li-Hung-Tschang zu jener Zeit gerade in Schanghai
eintrat und Herr Tricou diese Stadt auf seiner Reise von Japan
nach Peking zu passiren hatte, so wurde Li-Hung-Tschang von
Peking angewiesen, Herrn Tricou auf seiner Durchreise in
Schanghai gemäß dem Ersuchen der französischen Regierung zu
empfangen und mit ihm zu verhandeln. Das Scheitern dieser
Vorverhandlungen involvirt daher noch nicht das Aufgeben jener

eigentlichen Verhandlungen, welche Herr Tricou in Peking
dem Tjung-ly Namen (Auswärtiges Amt) zu pflegen haben wird,
nachdem er daselbst seine demnächst in China anlangenden Be-
glaubigungsschreiben wird überreicht haben.

Die rumänische Regierung hat sich, wie bereits tele-
graphisch gemeldet, endlich herbeigelassen, den durch den vor-
wärtigen Toast Gradikeanu's hervorgerufenen Zwischenfall in
feierlicher Form auszugleichen. Der Inhalt der Note, welcher
im Einvernehmen mit dem österreichischen Gesandten in Bukarest
festgestellt wurde und die Irreventisten scharf verurtheilt, wird
dem offziösen „Fremdenblatt“ zufolge in Wien als befriedigend
angesehen.

Nach Meldungen, die der „Pol. Corr.“ aus Erzerum zu-
gehen, dauern die Nachforschungen der russischen Polizei in
Armenien, namentlich in Erivan, noch fort. Die russische
Regierung scheint an dem Verdachte, daß in Armenien eine
geheime Verbindung bestehe, welche den Zweck der Begründung
eines selbständigen armenischen Staates in den Grenzen des
alten Königreiches Armenien verfolge, festzuhalten. Die eifrig
betrielenen Nachforschungen der russischen Polizei haben aber
bisher kein greifbares Ergebnis geliefert.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 9. Juli. Ein Incidenzpunkt der Ver-
handlungen über die neuerdings beabsichtigte Verstaat-
lichung von sechs Privatbahnen ist geeignet, Beachtung
zu erregen, wenn die hier und da aus ihm gezogenen Schlüs-
folgerungen auch unzweifelhaft zu weit gehen. Einige der Ver-
waltungen, denen die Verstaatlichung ihrer Bahnen angeboten ist,
haben eine Modifikation der Kaufbedingungen dahin verlangt,
daß die als Kaufpreis auszugebenden vierprozentigen Konsols
auf längere Zeit als unkündbar bezeichnet werden sollen,
der Finanzminister aber hat dies abgelehnt, theils schon formell,
und so weit dies noch nicht geschehen ist, unterliegt es doch
keinem Zweifel. Wenn aber daraus geschlossen wird, daß die
Regierung mit der Absicht einer Konvertirung der vierprozentigen
in drei und ein halbpromtente Konsols umgehe — einzelne
Börseblätter rechnen bereits mit dieser Eventualität —, so
scheint dazu doch jeder ernsthafte Anlaß zu fehlen.
Für die Ablehnung jener Forderung einiger Verwaltungen der zu
verstaatlichenden Bahnen liegt das nächste Motiv der Regierung
ohne Zweifel in der Auffassung, daß der gebotene Kaufpreis
ohnehin angemessen sei und Behufs Erreichung des Zweckes nicht
erhöht zu werden brauche. Es kann aber auch aus anderen Er-
wägungen nur gebilligt werden, wenn die Regierung jene Forde-
rung ablehnt. Einer der Zwecke und das Wesen der unter
Camphausen durchgeführten Konsolidation der preussischen Staats-
schulden — von welcher die „Konsols“ ihren Namen haben —
war, an die Stelle der bis dahin sehr verschiedenen Sorten preu-
ssischer Staatsanleihe-Obligationen eine einzige zu setzen, abgesehen
von einigen kleineren, älteren Anleihen, deren Einbeziehung in die
Konsolidation aus formellen Gründen unmöglich war. Seitdem hat
diese Einheitlichkeit der preussischen Staatsschuld außerordentlich zur
Beliebtheit, zu dem hohen Kurse der Konsols und somit zur
Verbesserung des Staatskredits beigetragen. Diese Einheitlichkeit
aber würde im Prinzip und thatsächlich wieder aufgegeben werden,
falls zum Anlauf der jetzt zu verstaatlichenden Bahnen Konsols
unter anderen, die Tilgung betreffenden Bedingungen emittirt
würden, als die bisher im Umlauf befindlichen. Kann man so-
mit die Weigerung der Regierung nur gerechtfertigt finden, ohne
daß man darum eine demnächstige Herabsetzung des Zinsfußes
der vierprozentigen Konsols für angezeigt zu halten brauchte, so
ist es in der That auch sehr unwahrscheinlich, daß eine solche
Maßregel gegenwärtig selbst nur in der allgemeinsten Art inner-
halb der Regierung erwogen werden sollte. Die jetzt im Umlauf
befindlichen Konsols, sowohl die vier-, als die vier und ein
halbpromtente, sind bis zum Jahre 1885 unkündbar;
es ist aber heute sicherlich unmöglich, vorherzusehen, wie im Jahre
1885 die Verhältnisse des Geldmarktes sein, ob sie dann selbst
nur die Konvertirung der vier und ein halbpromtente in vier-
prozentige Konsols gestatten werden. Von ersteren giebt es noch
mehrere hundert Millionen Mark, so daß schon diese Konvertirungs-
Maßregel eine recht umfassende sein würde; auf sie, die alsdann
durch das Staatsinteresse geboten sein dürfte, sind die Inhaber
der Obligationen offenbar gefaßt, wie der verhältnismäßig niedrige
Cours beweist. Aber daß der Geldwerth in wenigen Jahren in
Deutschland so niedrig sein sollte, um die Herabsetzung des Zins-
fußes von mehreren Milliarden vierprozentiger Konsols auf drei
und ein halbes Prozent zu ermöglichen, zu dieser Annahme liegt
zur Zeit durchaus kein Grund vor; und wenn der alsdann be-
stehende Zinsfuß nicht absolut dazu nöthigte, wäre es eine wirth-
schaftlich höchst bedenkliche Maßregel.

Berlin, 9. Juli. Der geharnischte gegen die Kurie ge-
richtete Artikel der „Nordb. Allg. Ztg.“, dessen unser C. Korre-
spondent gestern Erwähnung that, hat folgenden Wortlaut:

„Der Mangel an Entgegenkommen, welchen die Kurie gegenüber den letzten Eröffnungen der Regierung zeigte, hat diese veranlaßt, die Abstellung der Schäden, von denen die katholische Bevölkerung auf kirchlichem Gebiete betroffen war, in Gemeinschaft mit der Volksvertretung selbst in die Hand zu nehmen, soweit es ohne Gefährdung für den Staat angängig war. Daß dieses Vorgehen der preussischen Regierung der Kurie unermüdet gewesen ist, darüber hat sich die Regierung keinen Illusionen hingeben, und daß die Kurie nunmehr ihrer Mißbilligung dieses Verfahrens in einer Note Ausdruck gegeben hat, welche liberale Blätter als „eine Verhöhnung der preussischen Regierung“ bezeichnen, ist der letzteren nicht überraschend gewesen, um so weniger, als die Kurie in ihrer Diplomatie das taktische Bedürfnis empfindet, den jüngsten von der Regierung im Interesse der katholischen Unterthanen des Königs gemachten Schritt in dem Werthe, den er für Rom hat, herabzudrücken und im Voraus den Gedanken abzuzeichnen, als wäre Rom nunmehr in die Lage gesetzt, weiter entgegenzukommen. Das taktische Manöver, welches in der geringfügigen Kritik des neuen Gesetzes liegt, wird die preussische Regierung nicht abhalten, die nächsten Schritte von römischer Seite abzuwarten, und, wenn sie ausbleiben, den betretenen Weg selbstständigen Vorgehens auf dem Felde ihrer Gesetzgebung weiter zu verfolgen, soweit es ihr thunlich und erforderlich erscheint.“

Die veralteten diplomatischen Künste, wie sie in der aus dem launischen Verlehn entnommenen Bemerkung gegenwärtiger Angebote liegen und welchen die römische Kurie in ihren antiken Traditionen anhängt, sind zu durchsichtig, um auf das weitere Verhalten Preußens Einfluß zu üben. Es wäre nicht nur schädlicher, sondern auch geschickter gewesen, wenn die jüngste römische Note ungelesen geblieben wäre, zumal eine formelle Nötigung, im jetzigen Augenblick eine solche zu erlassen, in keiner Weise vorlag. Die anspruchsvolle und nöthigende Kritik, welcher sie Ausdruck giebt, kann keine andere Wirkung haben als die, Preußen von weiterem Entgegenkommen abzuweichen, weil ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit, den anderen Theil zu befriedigen, damit geliefert wird.“

An Schärfe läßt diese Auslassung nichts zu wünschen übrig; indessen man hat sich an den Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis, der sich bezüglich der Kirchenpolitik gegenwärtig in unseren leitenden Kreisen bemerkbar macht, bereits allzusehr gewöhnt, als daß man römischerseits hieran irgendwelche Befürchtungen knüpfen sollte. Nachdem aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ gesprochen hat, und zwar in obigem Artikel, von dem die „Kreuz-Ztg.“ sagt, daß die lapidare Form und charakteristische Schärfe desselben über seinen Ursprung keinen Zweifel lassen, ist auch die „Kreuz-Ztg.“ zu einer anderen Auffassung der päpstlichen Note gekommen. Neulich sah sie in derselben ein geradezu überraschendes und hoch erfreuliches Symptom des Entgegenkommens der Kurie. Der lapidare Artikel hat ihr die Augen geöffnet, und so beist sie sich, die Kurie wissen zu lassen, daß die konservative Partei der Regierung ihre „entschiedene prinzipielle“ Unterstützung leihen werde, wenn dieselbe den vom Kultusminister angebotenen Weg möglicher Lösung des Staates von allen jetzt noch mit der katholischen Kirche bestehenden Berührungspunkten einschlagen werde. Was diese Zusage bedeutet, ergibt sich daraus, daß der auch — konservative „Reichsbote“ die Trennung von Kirche und Staat perhorresziert, weil die evangelische Kirche dabei wieder die Rechte würde bezahen müssen. Der „Reichsbote“ bleibt deshalb bei seinem Vorschlage, das Kirchengesetz nicht zu publiziren, bis die Kurie nachgegeben habe. Unserer Ansicht nach kommt dieser Vorschlag zu spät, nachdem das Gesetz die Sanction des Königs erhalten hat. Daß die Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ die ganze Jornesfülle der „Germ.“ gewedt habe, ist selbstverständlich. „Wir glauben“, so meint das Zentrumsblatt, daß unsere Glaubens- und Fraktionsgenossen aus dem obigen Artikel eine neue Mahnung herauslesen werden, fest und unerschütterlich zusammenzustehen, bis solche Imperien unumgänglich gemacht sind.“

Es wird daran erinnert, daß gestern, am 8. Juli, zwölf Jahre seit Aufhebung der katholischen Abtheilung im Kultusministerium verfloßen sind. Die Wiederherstellung dieser Abtheilung gehört bekanntlich zu den besonderen Wünschen der Ultramontanen und ist von Herrn Windthorst in den jüngsten kirchenpolitischen Debatten offen und lebhaft genug gefordert worden.

Ueber die Erörterungen betreffs der Vorgänge in der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses schreibt die „Post“: „Die Erhebungen über die Noth in der „Nordd. Allg. Ztg.“ haben die Annahme bestätigt, daß alle Indizien auf parlamentarische hochkonservative Kreise hinführen. Der Vorgang ist psychologisch sehr verständlich: für diejenigen, welche ihre kulturkämpferische Vergangenheit bis zum striktesten Alerikalismus verleugneten, muß das Befehlen einer politischen Richtung, welche zeigt, daß man konservative Auffassung mit der Treue gegen die auf die Wahrung der Rechte des nationalen Staates gerichteten Ueberzeugung verbinden kann, ein steter brennender Vorwurf sein.“

S. Berlin, 9. Juli. Seit der bereits wochenlang dauernden faß tropischen Hitze wird nicht allein von den Bewohnern der Reichshauptstadt, sondern auch von den zahlreichen Fremden, die Berlin besuchen, laut Klage geführt über den unerträglichen Staub und Pferdegedüchse in den sonst so elegant aussehenden Asphaltpfaden. Es ist auch unbegreiflich für Laien, warum der Magistrat es für nöthig hält, den Staub auf dem Steinpflaster und in den Holzstraßen durch Besprengen möglichst zu beseitigen und bei den Asphaltstraßen dies zu unterlassen. Der feine Staub, der vom Asphaltpflaster herabfällt, ist nach ärztlichem Ausspruche für die Lungen im höchsten Grade gefährlich. Der Magistrat scheut sich vielleicht die Asphaltbahnen zu besprengen, weil das Sprengwasser auf diesem sauberen glatten Pflaster nicht so lange vorhält als zwischen den Fugen des holprigen Steinpflasters — und scheut daher die Kosten der Besprengung. Der Geldpunkt kann aber doch in einer Weltstadt wie Berlin kein Hinderniß bilden, wenn dabei die Gesundheit der Einwohner auf dem Spiele steht. Außerdem führt das Besprengen die Luft in den Straßen merklich ab. Die Ansicht, daß die Asphaltstraßen zu glatt werden durch das Besprengen, und in Folge dessen die Pferde stürzen, trifft nur zu bei kaltem Wetter, aber nicht bei großer Hitze. Sind erst ansteckende Krankheiten hier, so wird der Magistrat sich doch schleunigst herbeilassen müssen, in den asphaltierten Straßen frische Luft zu schaffen. Wie wir hören, werden die Berliner Aerzte sich in einer ihrer nächsten Vereinssitzungen eingehend mit der Angelegenheit der Besprengung unserer Asphaltstraßen im sanitären Interesse beschäftigen. — Der Hof- und Garnisonprediger Rogge aus Potsdam, der zur völligen Wiederherstellung seiner Gesundheit von der schweren Erkrankung, die denselben im vorigen Jahre betroffen hatte, auch in diesem Jahre wieder mit gutem Erfolg eine Badekur in Teplitz gebraucht hat, ist von dort zu einer mehrwöchentlichen Reise nach der Schweiz abgereist und hofft im August

sein Amt wieder in vollem Umfange übernehmen zu können. — Der Direktor des kgl. Opernhauses v. Strauß hat sich von hier nach Gastein begeben, um dort wie alljährlich während des Aufenthalts des Kaisers die kleinen theatralischen Aufführungen zu leiten, in denen die dort anwesenden Mitglieder der österreichischen und deutschen Aristokratie mitwirken. — Die diesjährigen Schießübungen des 1. und 2. Garde-Feldartillerie-Regiments, welche am 14. Juni begonnen haben, werden am Dienstag mit dem Prämienschießen des 1. Regiments auf dem Artillerie-Schießplatz bei Tegel beendet. Das diesjährige große Brückenschießen vor dem Generalinspekteur der Artillerie, General-Lieutenant v. Voigts-Rbeck, hat im Beisein des Prinzen Wilhelm bereits am Freitag den 6. d. M. stattgefunden.

Frohsdorf, 8. Juli. Die Besserung im Befinden des Grafen Chambois ist eine sehr langsame, aber doch bis jetzt fortwährende, derselbe empfing heute den Grafen Plasas und ließ sich auch aus den Zeitungen vorlesen. Demnächst soll eine weitere ärztliche Konsultation stattfinden. — Die Prinzen von Orleans beabsichtigen, sich morgen zum Besuch des Herzogs von Koburg nach Pest zu begeben und darauf auch dem Erzherzog Joseph einen Besuch abzustatten.

Madrid, 8. Juli. Die „Gazeta“ veröffentlicht den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Spanien und Schweden-Norwegen.

Egypten. Die trostlosen Zustände, in welchen sich die von der Epidemie heimgesuchten ägyptischen Orte befinden, werden namentlich durch einen Bericht illustriert, welchen das österreichische Mitglied der internationalen Sanitäts-Kommission in Alexandrien, Dr. Glotshianowsky, nach Wien gesandt hat. Diefem Berichte zufolge hat Dr. Ferrari, der von Seite der internationalen Sanitätskommission nach dem Hauptherde der Epidemie, nach Damiette gesandt wurde, in dieser nahezu 60,000 Einwohner zählenden Stadt keinen Arzt, keine Apotheke, demnach selbstverständlich auch keinerlei hygienische Maßregel, keine Desinfektion u. dergl. angetroffen. Daß die Zustände in dem von der Cholera heimgesuchten Milet, aber auch in ganz Egypten in Bezug auf Sanitätsvorrichtungen fandalös sind, ergibt sich auch aus einem Bericht der „Times“, welcher erklärt, der Dualismus der englischen und der ägyptischen Autoritäten mache es den ersteren unmöglich, eine Verantwortung zu übernehmen. Man sollte aber meinen, die Engländer wären jetzt lange genug in Egypten, daß sie die nöthigsten Vorkehrungen hätten treffen können. Die Zustände werden drastisch durch folgenden Bericht der „Polit. Corr.“ aus Alexandrien vom 25. Juni beleuchtet:

Die hier eingetroffene Nachricht, daß in Damiette die Cholera ausgebrochen sei, hat eine unbeschreibliche Panik hervorgerufen. Raun daß es einer verhängnißvollen Katastrophe entgangen ist, droht dem unglücklichen Egypten eine noch möglich noch verhängnißvollere. Offenbar um das Publikum zu beruhigen, wird offiziell bekannt gegeben, daß es sich nur um Dampfrankheiten handelt, die durch Hitze, schlechtes Trinkwasser und Obsequen hervorgerufen wurden. Die Thatsache, daß die Regierung gleichwohl sich zu einigen energischen Maßnahmen aufraffe, war wenig geeignet, eine wirkliche Beruhigung auskommen zu lassen. Ueber Verfügung der Regierung begaben sich die Doktoren Grant Bey, Dacorogna-Bey, Ahmed Bey Samdi, Arduin Bey und Chaffen-Bey, sowie der Sanitätsinspektor von Egypten und Dr. Winkler von Maniutah nach Damiette, um die Natur und den Ursprung der Krankheit zu erörtern. Die Sanitäts-Delegierten Englands und Frankreichs, Dr. Macle und Dr. Chaumery, welche heute nachreisen wollten, erfuhr am Bahnhofe, daß in Folge höherer Weisungen der Eisenbahnverkehr mit Damiette gestern Abends eingestellt wurde. Es wurde um Damiette ein Sanitätskorps gezogen, und die Züge verließen nur bis etwa 13 Meilen vor dieser Stadt. Ein hiesiges englisches Journal hält merkwürdigerweise diese Maßnahmen für überflüssig und meint, die Behörden hätten mehr Eifer als Klugheit entwickelt. Es versteht sich von selbst, daß der Zwischenfall in Damiette die allgemeine Aufmerksamkeit auf die sanitären Verhältnisse Alexandriens gelenkt hat. Leider ist in dieser Beziehung nicht viel Gutes zu sagen. Man hat beispielsweise die Unvorsichtigkeit begangen, allen Schutt der zerstörten Häuser am Meeresufer ablagern zu lassen, wodurch es geschah, daß das Wasser zurückgestaut wurde und die Kloakenöffnungen trocken liegen. Die abschaulichen Ausdünstungen werden bei dem geringsten Luftzuge nach der Stadt getrieben. Die in der Stadt zur Entfernung des Straßen-Unrathes verwendeten Wagen sind so alt und mangelhaft, daß während der Fahrt ein großer Theil des Unrathes wieder herausfällt, der natürlich erst bei der nächsten Reinigung wieder entfernt wird. Die Straßen im europäischen Viertel gehen noch halbwegs an, allein die von Einheimischen bewohnten Viertel gleichen mitunter wahren Senkgruben. Der Kadevi hat sich zwar bei gelegentlichen Besuchen des einen oder anderen Viertels befriedigt ausgesprochen, es dürfte dies aber auf den Umstand zurückzuführen sein, daß man ihm Potemkin'sche Dörfer zeigte. Die Lage Sanitätspolizei hat dem Lande schon immensen Schaden zugefügt. Nach den gestrigen Entsehnungen des vorigen Jahres mußte es den Landbauer mit großer Freude erfüllen, daß der Boden diesmal einen reichen Ertrag zu liefern versprach. Allein diese Rechnung war ohne die Kinderpest gemacht. Die zuerst sporadisch aufgetauchten Fälle dieser schrecklichen Krankheit wurden seitens der Regierung weder mit der notwendigen Energie, noch mit der entsprechenden Sachkenntnis bekämpft. Sie traf wohl Verfügungen aller Art, allein sie überwahte nicht die strenge Ausführung derselben. Als Resultat dieses lazen Vorgehens ist die traurige Thatsache zu verzeichnen, daß Egypten zwei Dritttheil seines Viehbestandes bereits eingebüßt hat. Nicht genug verdammenwerth ist aber die Apathie der Lokalbehörden, welche es gestatten, daß die an der Epizootie umgekommenen Thiere massenhaft in den Nil und in die Kanäle geworfen werden. Es ist geradezu unverzeihlich, daß man mit Menschenleben ein solches Spiel zu treiben magt.

Den telegraphischen Meldungen der Wiener „Presse“ aus Alexandrien vom 6. Juli entnehmen wir noch Folgendes: Die zur Bekämpfung der Cholera hierorts getroffenen Anstalten erweisen sich als durchaus zweckmäßig; leider ist man nicht im Stande gewesen, das Eindringen der Epidemie bis in unsere Mitte zu verhindern. Deshalb hat die Gewißheit, daß die Cholera thatsächlich in Alexandria eingezogen ist, hierorts allenthalben die größte Bestürzung hervorgerufen; Handel und Verkehr stehen vollständig still. Alles denkt nur an den furchtbaren Feind, der auf allen Seiten lauert. Aus Damiette lauten die Berichte über alle Massen beunruhigend, die Lokalbehörde konstatierte im Verlaufe des 5. und 6. Juli 132 Todesfälle. Unter den englischen Truppen, die zum Cordondienste verwendet werden, ist die Cholera ebenfalls ausgebrochen, es starben in 24 Stunden zwei an der Epidemie und heute langt ein Bericht des Cordons-Kommandanten Obersten Clarke an, aus dem zu ersehen ist, daß die Erkrankungen unter den Truppen sich in einer sehr beunruhigenden Weise mehren. In Regie-

rungskreisen ist die Ueberzeugung verbreitet, daß die Stadt Damiette nur dadurch vor dem sicheren Verderben gerettet werden könne, wenn man sämtliche Einwohner in die Wälle schafft und dort in Zellen unterbringt. Wie bestimmt verlautet, ist der Vorschlag nach London abgegangen, die englischen Truppen aus Egypten herauszuziehen und dieselben für die Dauer der Epidemie nach Malta zu verlegen. Die Hitze nimmt immer mehr zu und wird geradezu unerträglich. Wir haben bereits acht Tage gehabt, wo wir 45—46 Grad Reaumur im Schatten hatten und gar in Damiette soll nach Aussage eines soeben von dort zurückgekehrten Arztes eine Hitze herrschen, wie sie sich einer ähnlichen Niemand zu erinnern vermag. Daß unter solchen Umständen die Epidemie immer weiter um sich greift, ist natürlich, und alle Mittel, die man anwendet, um dem Uebel entgegenzuwirken, erweisen sich leider als erfolglos.

H. F. Sozialisten-Prozess.

(Unbefugter Nachdruck verboten.)

Posen, den 9. Juli 1883.

(Schluß des ersten Verhandlungstages.)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt der Verteidiger den Antrag, die Ehefrau und den Schwager des Bujasiewicz darüber zu vernehmen, ob dieser in der Dezember-Nacht, als die Plakate an den Stragadenen Posen angeheftet worden seien, zu Hause gewesen sei, sowie dem Redakteur des „Drendownik“, Dr. Szymanski zu vernehmen, daß noch vor dem Eintreffen Pablowski in Posen und auch während dessen Abwesenheit im Monat November 1882, eine sozialdemokratische Bewegung in Posen gewesen ist. Der Gerichtshof beschließt jedoch, nur dem ersten Antrage stattzugeben. — Es wird alsdann zur Zeugenvernehmung geschritten. Polizei-Inspektor Glasmann erzählt in sehr ausführlicher Weise die vorgenommene Verhaftung der Angeklagten. Im November 1882, zur Zeit, als Pablowski in Breslau gewesen ist, hat dort ein junger Mann, auf den die Beschreibung des Pablowski paßt, an einer Stragade einem Dienstmann ein Paket polnischer Druckschriften sozialdemokratischen Inhalts mit dem Auftrage gegeben: diese im „Polnischen Industrie-Verein“ zu Breslau, im Gasthof „zum blauen Ochsen“ (Breitestraße) abzuliefern. Dieser Zeuge sowohl, als auch Polizei-Inspektor Büttner bekunden, daß noch und Posen des Pablowski und Grzeskiewicz derartige Kleisterertheile enthielten, daß wohl anzunehmen sei, daß diese Plakate in der Nacht zum 21. Dezember angeheftet haben. Die betreffenden Kleider werden beigegeben und konstatiert, daß noch jetzt Kleisterflecken an denselben zu sehen seien. — Pablowski bekennt, daß diese Kleider von Kleister herühren. — Lehrer Grzeskiewicz deponiert, daß Slotowski mit ihm über sozialdemokratische Dinge gesprochen und dabei eine Gotteslästerung ausgesprochen hat.

Stellmacher Müller: Ich habe einige Monate bei Grzeskiewicz gearbeitet. G. hat mit mir über die schlechten Zeiten gesprochen und dabei gesagt, es müsse anders werden. Auf meine Frage: ob es denn wieder eine Revolution geben werde, antwortete G.: Wie es gemacht werden wird, ist noch Geheimnis, jedenfalls wird es überall zu gleicher Zeit losgehen. G. hat mir außerdem mehrere sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften behufs Verbreitung übergeben. G. sagte mir: die Drucksachen kommen alle aus Gens, woselbst ich viele gute Freunde habe. Als ich meine Verwunderung ausdrückte, daß solche verbotene Schriften hierher kommen, antwortete G.: diese werden in Mobejournalen verpackt. Letztere revidire die Behörde nicht und so kommen die Schriften unbeaufsichtigt nach Deutschland. — G. leugnet dies; der Präsident konstatiert jedoch, daß ein solches Mobejournal, in französischer Sprache in Gens erscheinend, bei G. gefunden worden sei. — Der Zeuge Müller bekundet ferner, daß, als er eines Tages mit G. in dem hiesigen zoologischen Garten bei dem Standbild des Kaisers vorbeikam, G. eine arge Majestätsbeleidigung ausgesprochen habe. Auch Pablowski, der sich Stach nannte und eine Zeitlang bei Grzeskiewicz wohnte, habe ihm (Zeugen) über sozialdemokratische Dinge erzählt und ebenfalls gesagt: „Wie die Revolution gemacht werden wird, ist noch ein Geheimnis, jedenfalls wird es überall gleichzeitig losgehen.“ Auf die Frage des Verteidigers bekundet der Zeuge: Er wisse keine Umstände anzugeben, daß Grzeskiewicz gemußt habe oder hätte wissen müssen, daß das Standbild des Kaisers gemein ist. — Gegenüber dem Zeugen: Grzeskiewicz hat mich einmal, da ich ihn wegen rückständiger Miete mahnte und ihm sagte: Du hast Geld, um Sozialisten zu bewirthen, nicht aber, um mir meine Miete zu zahlen“, mit dem Spaten auf den Kopf schlagen wollen und mir mit dem Todtschlag gedroht. Er hätte dies wohl auch gethan, wenn ich mich nicht geflüchtet hätte. In Folge meiner vorerwähnten Aeußerung verurtheilte Pablowski noch an demselben Tage aus der Wohnung des Grzeskiewicz. — Hier wird die Sitzung gegen 7½ Uhr Abends auf morgen (Dienstag) Vormittags 8 Uhr vertagt. (Fortsetzung folgt.)

Vocales und Provinzielles.

Posen, 10. Juli.

— Neubekennung des Posener Erzbischoffes. Unter dieser sensationellen Epithete bringt der „B. A. C.“ folgende Notiz: Wie uns aus Fulda geschrieben wird, zirkulirt in den dortigen ultramontanen Kreisen das sehr positiv auftretende Gerücht, der dortige Diözesan-Bischof Dr. Georg Ropp sei zum Erzbischof von Posen ernannt worden und die Annahme der preussischen Kultusminister in Fulda habe sich auf die diesbezüglichen Verhandlungen bezogen.

1. Stadt-Ingenieur Thomfen hat zum 1. d. Mts. die Stellung, welche er mehrere Jahre lang bei den hiesigen städtischen Gas- und Wasserwerken bekleidet hat, aufgegeben, und die Stelle des Ober-Ingenieurs in der hiesigen Gas- und Wasserfabrik übernommen. Zu der dadurch erledigten Stelle eines Stadt-Ingenieurs haben sich 76 Kandidaten gemeldet, von denen 5 zur engeren Wahl gestellt sind.

2. Beurlaubungen. Der Oberlieutenant und Inspekteur der 3. Festungs-Inspektion, Herr Andrae, ist seit dem 6. d. M. auf vier Wochen und der Direktor der Provinzial-Aktienbank, Herr Ziegler, vom 8. d. M. ab auf fünf Wochen beurlaubt.

Telegraphische Nachrichten.

Koblenz, 9. Juli. Se. Majestät der Kaiser ist heute Vormittag 8 Uhr mittelst Extrazuges über Mainz nach Karlsruhe abgereist; zur Verabschiedung waren auf dem Rheinbahnhofe die Spitzen der Behörden anwesend. Gestern hatte Se. Majestät der Theateraufführung etwa eine Stunde lang beigezogen. — Die Königin von Rumänien hat sich gestern Abend über hier nach Nürnberg und Wien begeben.

Karlsruhe, 9. Juli. Se. Majestät der Kaiser ist heute Mittag nach 1½ Uhr hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem Großherzog und der Frau Großherzogin, dem Erbprinzen und dem Prinzen Ludwig von Baden empfangen worden. Seitens der Bevölkerung wurde Se. Majestät enthusiastisch begrüßt, die Stadt ist festlich geschmückt, um 2 Uhr findet eine Parade statt.

Info 7,7 M. tr. bez., Regulierungspreis 7,7 M. tr., alte Mjanze 7,9 M. tr. bez.	(Differenz 20)
---	----------------

Berlin, 9. Juli. Wind: SO. Wetter: Schmil.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm Loth 145—210 Mark
nach Qual., gelbe Lieferungsqualität 189 M., feiner gelber —, ge-

Der Kapitalmarkt wies feste Haltung für heimische solide An-

Umrechnungs-Tafel: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden jüd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.
1 Mari Banco = 150 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Piöre Sterling = 20 Mark.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Lolo
per diesen Monat 26,75 Br., per Juli=August, per August=September

Von den fremden Fonds sind österreichische Renten als fest, ungarische Goldrente und Italiener als etwas besser zu nennen, russische Anleihen unverändert und ruhig.

bez., per Juli-August 56,6—56,8—56,7 bez., per August -- bez., per
August-September 57,1—57,2—57,1 bez., per September — bez.,
per September-Oktober 54,7—54,8 bez., per Oktober — bez., per
Oktober-November 53,2 bez., per November-Dezember 52,2—52,3—52,2
bez. — Gefördert 300,000 Liter.

Inländische Eisenbahnaktien fest und ruhig; Mainz-Ludwigshafen und Österreichische Südbahn etwas besser und lebhafter; auch Mecklenburgische nicht unbelebt, aber schwächer.

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (Emil Röstel) in Wosen.